



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

2. Mai 1950

P/V/100

Hinweise
auf den Inhalt:

Ulbrichts Niederlage in Dessau	S.1
Zur Streiksituation in den franz.Häfen	S.3
Schrittmacher für Hedler und Konsorten	S.5
Gefährliche Torheiten ("Christ und Welt" und das FDJ-Treffen)	S.6

Ulbrichts Niederlage in Dessau

A.B. Der Dessauer Schauprozess endete nach sechs Tagen mit der Verurteilung der acht anwesenden Angeklagten. Der CDU-Minister Herwegen und der Ministerialdirektor Brundert erhielten je 15 Jahre Zuchthaus, die anderen sechs Angeklagten bekamen Zuchthausstrafen von zwei bis zwölf Jahren. Nur einer von ihnen, der Bankdirektor Scharf, war geständig und wurde dafür mit der milden Strafe von zwei Jahren belohnt, die er vermutlich nicht abzusitzen braucht.

Der Prozess darf für die deutsche Öffentlichkeit nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Vieles ist noch zu klären, weil die Berichterstattung mangelhaft war, aber folgendes lässt sich schon heute feststellen:

1. Der Verlierer des Prozesses ist Ulbricht, der nach sowjetischem Muster das Misslingen seiner Wirtschaftspolitik in der Sowjetzone durch die Verurteilung lästiger Persönlichkeiten rechtfertigen wollte. Es hat sich herausgestellt, dass man den Einfluss des demokratischen Westens auf den Osten Deutschlands nicht ausschalten kann. Man verzichtete auf die Tätigkeit des Geständnisspezialisten Kotlew, weil seine Ankunft in Deutschland schon im Dezember bekannt wurde. Dadurch gab es nicht nur keine Geständnisse, sondern man getraute sich nicht einmal, Belastungszeugen auftreten zu lassen. Sechs Tage

wurde verhandelt und nicht ein Zeuge trat auf. Man verhandelte nur aufgrund von Protokollen, die erpresste Unterschriften trugen.

2. In diesem Prozess wurde die Gleichheit aller Diktaturen unter Beweis gestellt. Unwesentlich bei ihnen sind ihre Symbole, wesentlich allein ist der nach absolut gleicher Methode arbeitende Machtapparat. Hitlers Freisler war in Dessau Ulbrichts Hilde Benjamin. Ulbrichts Gestapo funktioniert noch nicht so gut wie die Himmlers, aber sein Zutrauen zu seiner Gestapo ist doch schon so gross, dass er sich einen Melsheimer als Hauptankläger leisten konnte, der von 1933 bis 1945 als Kammergerichtsrat der Hitlerjustiz getreulich diente und in Juristenkreisen damals sehr bekannt war als der "braune Bomber". Ihm wurde 1950 durch bolschewistische Hilfe Gelegenheit gegeben, nach fünf Jahren endlich doch noch einen Widerstandskämpfer wie Brundert, dessen Freund Reichwein kurz vor Torosschluss von Freisler geköpft wurde, zur Strecke zu bringen. Das nennt man bei den Kommunisten Kampf gegen den Faschismus.

Und drittens ist nach Abschluss dieses Schauprozesses festzustellen, dass die Art, wie Westdeutschland auf das Geschehen in der Sowjetzone reagiert, sehr entscheidend für das Schicksal unserer Brüder im Osten Deutschlands ist. Nur die demokratische Linke nahm sich dieser Opfer des Bolschewismus in Ostdeutschland an. Der Versuch, einen Schauprozess unter Ausschluss der deutschen Öffentlichkeit durchzuführen, wurde in letzter Minute vereitelt, weil massgebende Journalisten sehr energisch Zuschauerkarten verlangten. Erst dadurch haben wir erfahren, dass die Strassen, durch die täglich die Angeklagten zum Theater gefahren wurden, von jedem Verkehr abgesperrt waren, und auf dem langen Wege in Abständen von 50 Metern "Volks"-Polizisten mit schussbereiten Karabinern den Verkehr des einen Wagens vor dem neugierigen Volk sicherten. Die Presse aber, die der Bundesregierung nahesteht, hat auffällig zurückhaltend berichtet und Minister Kaiser hat erst recht später einige Worte der Missbilligung gegen den Dessauer Prozess gefunden.

Durch diesen Prozess ist aller Welt sichtbar geworden, dass die Sowjetzone, trotz eifriger Bemühungen der SED, noch nicht reif ist für die Abtrennung von Deutschland. Weil der Prozess dafür die Probe aufs Exempel sein sollte, deshalb kann ohne Überspitzung festgestellt werden, dass Ulbricht diesen Prozess verloren hat und seine Niederlage sich zweifellos auf seine Autorität in Moskau auswirken wird.

Für die Demokraten darf der Dessauer Schauprozess aus zwei Gründen noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Einmal muss mit allen Mitteln versucht werden, über das Schicksal der Verurteilten zu wachen und zu verhindern, dass sie im Abgrund der Zuchthäuser nachträglich auch ohne Todesstrafe ermordet werden und zum anderen muss untersucht werden, warum die Teile des deutschen Bürgertums, die der Bonner Regierung nahestehen und sie stützten, so merkwürdig schweigsam zu dem Geschehen im Dessauer Theater waren.

- o - o -

Die Docker und Seeleute in Frankreich

Von unserem Pariser Vertreter Alfred Frisch

Seit über 25 Jahren bemühen sich die Kommunisten, die Gewerkschaften der Docker und Seeleute zu durchsetzen, da sie sehr wohl die wirtschaftliche und strategische Bedeutung des internationalen Seeverkehrs kennen. Es ist bezeichnend, dass es in jüngster Vergangenheit den Kommunisten gelungen ist, in Ländern, in denen sie über keinerlei erwähnenswerten politischen Einfluss verfügen, teilweise völlig überraschende Samarbeitstreiks hervorzurufen, so z.B. in Kanada und in Australien. Der kommunistische Weltgewerkschaftsbund hat seinerseits vor etwas über einem Jahr den Beschluss gefasst, in Marseille ein internationales Büro der Seeleute und Hafenarbeiter zu errichten.

Da es sich offensichtlich hierbei um nichts anderes als eine wirtschaftliche und strategische Sabotage-Organisation handelte, ist der Internationale Transportarbeiterverband, der über nicht weniger als sieben Mill. Mitglieder in den wichtigsten Industriestaaten der Welt verfügt, nunmehr zur Gegenoffensive übergegangen. In direkter Beantwortung der kommunistischen Taktik wurde das Schwergewicht zunächst auf das Mittelmeer gelegt, d.h. hauptsächlich auf Frankreich und Italien. Nach längeren Vorarbeiten wurde Ende April in Marseille ein Internationales Büro eröffnet, und der erste Internationale Kongress wird voraussichtlich im August in Neapel stattfinden.

Unabhängig von diesen Organisationsfragen ist es der ungewöhnlich rührigen und vom Internationalen Transportarbeiterverband sehr aktiv unterstützten freien französischen Hafenarbeiter- und Seeleutegewerkschaft in den letzten Monaten gelungen, die kommunistischen Sabotageaktionen weitgehend zu vereiteln. Docker und Seeleute galten bisher, besonders in Frankreich, als besonders linientreue Kommu-

nisten. Die jüngste Entwicklung hat den Irrtum dieser Annahme bewiesen. Trotz eines bisher in einem derartigen Ausmasse nie gekannten kommunistischen Propagandafeldzuges ist, von kleineren Verzögerungen abgesehen, weder die Ladung, noch die Abfahrt irgend eines Schiffes nach Indochina oder in eine andere Richtung von den Stalinisten verhindert worden. In sämtlichen geheimen Abstimmungen haben sich die Mannschaften mit stärkerer Mehrheit für die Fortsetzung der Arbeit entschieden.

Nicht weniger eindeutig war die Haltung der Döcker von Cherbourg. Selbst die bisherige kommunistische Hochburg Marseille wurde für die Komintern zu einer bitteren Enttäuschung. Zunächst begingen die Freunde Moskaus den Irrtum, die Arbeiterschaft durch zu häufige rein politische Streikparolen zu ermüden. Im entscheidenden Augenblick stiessen sie daher auf eine weitverbreitete Unlust. Zudem hat, was noch wichtiger ist, die energische Aktion der freien Dockergewerkschaften zu einem Bruch des kommunistischen Terrors geführt. Um die Bedeutung dieses Wandels zu ermessen, muss man wissen, dass von den 8.000 Marseiller Hafenarbeitern nur ungefähr 1.000 linientreue Kommunisten sind. Jedenfalls ist es dem Internationalen Transportarbeiterverband in Frankreich gelungen, in verhältnismässig kurzer Frist zumindest das Gleichgewicht zwischen den kommunistischen und antikommunistischen Organisationen herzustellen. In Zukunft dürfte es daher dem Kominform nicht mehr gelingen, die französischen Häfen lahmzulegen.

Diese antikommunistische Offensive wäre noch erfolgreicher gewesen, wenn die freien Arbeiter nicht gleichzeitig auch einen besonders gearteten Widerstand der Unternehmerschaft zu überwinden hätten. Die französischen Reeder, wie übrigens zahlreiche andere Unternehmer, sind mit der Politisierung der Gewerkschaften durchaus einverstanden und machen aus ihrer Freude über diese Entwicklung auch kein Hehl mehr, weil die politischen Streiks die Arbeiterbewegung schwächen und damit automatisch die Unternehmer stärken. Es wird leider auch immer offensichtlicher, dass die antikommunistischen Gewerkschaften in keinem Wirtschaftszweig mit einem irgendwie gearteten Entgegenkommen von Seiten der Unternehmerschaft rechnen können.

Schrittmacher für Hedler und Konsorten

-dt. Schleswig-Holsteins Justizminister Katz hat an den Bundestagspräsidenten den Antrag gestellt, den Abgeordneten Carl Schröter

der Immunität zu entkleiden und für eine richterliche Untersuchung freizugeben. Um welche Untersuchung es geht, ist bekannt; es ist

der Fall "Kieler Nachrichten", der durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Landtags von Schleswig-Holstein in 15 Sitzungen mit dem Ergebnis geprüft worden ist, dass die Immunität der Landtagsabgeordneten Schröter, Emcke und Koch aufgehoben und die Staatsanwaltschaft mit der weiteren Untersuchung beauftragt wurde.

"Die vom politischen Gegner aus durchsichtigen Gründen so schwer beschuldigten CDU-Abgeordneten haben keine Veranlassung, sich einer

gerichtlichen Klärung der Sache zu entziehen", schreibt der Deutschland-Union-Dienst, der Pressedienst der CDU. Das ist, gemessen an

dem bisherigen Verhalten der CDU, ein Fortschritt, denn bei den vorausgegangenen Ereignissen hat die schleswig-holsteinische CDU sich be-

müht, diesem Ergebnis auszuweichen, wie der Exodus aus dem Landtag vor der Abstimmung über die Aufhebung der Immunität der drei Abge-

ordneten beweist. Wenn man den DUD recht verstanden hat, dürfte es also auch im Immunitätsausschuss des Bundestags keine Schwierigkeiten geben.

Die Gründe, die die SPD bewogen haben, den Fall "Kieler Nachrichten" der Öffentlichkeit zu unterbreiten, liegen auf der Hand.

Es ist der klare und begreifliche Wunsch nach Sauberkeit im politischen Leben. Nichts mehr und nichts weniger hat die SPD-Mehrheit im

Kieler Landtag bewogen, der unparteiischen Justiz das Wort in einer Affäre zu geben, die weit über die Grenzen des Landes hinaus Staub

aufgewirbelt hat. Und nirgendwo ist Sauberkeit im politischen Leben so notwendig, wie in diesem nördlichsten Bundesland, in dem mehr als

ein Hedler dazu ansetzt, die Demokratie aus den Angeln zu heben. In Schleswig-Holstein ist die Demokratie durch die Affäre Schröter-

Emcke-Koch diskreditiert worden; es ist notwendig, dass dieser Kredit in aller Offenheit und vor der gesamten Öffentlichkeit wieder

hergestellt wird. Dem Land stehen Wahlen bevor, darum ist eine rasche Bereinigung der Angelegenheit besonders dringend geboten.

Gefährliche Torheiten

C.G. Die Haltung der westdeutschen Presse gegenüber dem Pfingsttreffen der FDJ in Berlin war bisher durchaus nicht eindeutig. Viele

Blätter bemühten sich, die Dinge, so harmlos wie nur irgend möglich darzustellen und jeden Politiker, der auf die wahren Absichten der

Initiatoren des Treffens und die möglichen ernststen Konsequenzen hinwies, als Gespensterseher lächerlich zu machen. Wenn massgebende FDJ-

Führer jetzt heuchlerisch erklären, sie hätten von Anfang an mit diesem Treffen nur friedliche Ziele verfolgen wollen und nie die Absicht

gehabt, Westberlin auch nur zu beunruhigen, so beweist das noch lange nicht einen Verzicht auf die ursprünglichen Absichten. Sollte der Ab-

wehrwille in Westberlin aber die FDJ tatsächlich zum Meinungswechsel gezwungen haben, dann ist das nur ein Beweis mehr, dass gegenüber der

bolschewistischen Drohung nur Entschlossenheit Erfolg verspricht.

Die Friedensbeteuerungen der FDJ haben bei einigen Blättern geradezu einen logischen Kurzschluss erzeugt. Den Vogel hat dabei die in

Stuttgart erscheinende Wochenschrift "Christ und Welt" abgeschossen. Unter der bezeichnenden Überschrift "Pfingsttreffen der FDJ im Westen

statt in Berlin", wird ein bis ins kleinste Detail ausgeführter Plan entwickelt, die FDJ einzuladen, sie möge ihr Treffen gemeinsam mit

dem Bundesjugendring in Westdeutschland durchzuführen. Von der Bereitstellung der Sonderzüge an der Zonengrenze bis zur "tüchtigen Ver-

pflegung" werden die nötigen Vorbereitungen in den strahlendsten Farben gemalt, so dass eigentlich nur noch die Zahl der zu errichtenden

Würstchen- und Eisstände fehlt. "Verbannen wir alles enge politische Tun und Gebaren in diesen Tagen" ergolt es in Jubeltönen weiter, es

handele sich bei der FDJ doch um deutsche Jugend und nicht um "finstere Staatsfeinde" und "totalitäre Paratiker".

Ist "Christ und Welt" wirklich so naiv, nicht zu wissen, dass friedliche Jugend durchaus zu finstesten und totalitären Zwecken missbraucht werden kann? Man kann das eigentlich kaum annehmen, denn in dem Mitarbeiterkreis dieser Zeitschrift befinden sich Personen, die den Nationalsozialismus "von innen heraus" sehr gut kennengelernt haben oder aber mit ihrer Vorliebe für den russischen Bolschewismus einmal sehr weit gegangen sind, denen also beide Spielarten des Totalitarismus voll vertraut sein sollten. Der Plan der Durchführung des FDJ-Treffens im Westen ist so absurd, dass es sich eigentlich kaum lohnte, darüber Worte zu verlieren, wenn sich nicht darin - und zwar nicht als Einzelfall, sondern als Symptom - eine erschreckende Ahnungslosigkeit von der wahren Struktur des bolschewistischen Systems offenbarte.

- o - o -

Verantwortlich: Peter Raunau